

Luzerner Tagblatt

- Sensation im Prozeß Olah** 2
- Kreml-Attentäter war Offizier** 2
- Olga Pall gewann AK-Abfahrt** 7
- Schuldspruch im Hexenprozeß** LM



Die Unruhen in Pakistan

In Pakistan gellen die Demonstrationen gegen die Regierung Ayub Khan unvermindert weiter. In der Hauptstadt Ostpakistans eröffnete Polizei das Feuer auf Demonstranten. Die Unruhen richten sich gegen Präsident Ayub Khan, dessen Rücktritt gefordert wird. Bisher gab es 31 Todesopfer. Unser Bild zeigt von Demonstranten in Brand gesteckte Cars in einer Automobilfabrik in der Nähe von Karachi.

Hitlers Schüler in Bagdad

Die Welt hat wieder einmal ein niederschmetterndes Schauspiel erlebt: 14 Iraker, darunter neun Juden, sind in Bagdad und Basra wegen angeblicher Spionage für Israel und Putschplänen gegen das irakische Regime durch Erhängen öffentlich hingerichtet worden. Die Todesurteile waren von einem Revolutionsgericht gefällt und vom Präsidenten El-Bakr gebilligt worden. In Bagdad wurde das Volk aufgerufen, sich an der Hinrichtungsstätte einzufinden und den «glorreichen Tag des großen Sieges» festlich zu begehen. Der Uno-Generalsekretär und eine Reihe von Staatsmännern hatten sich bei der irakischen Regierung für Begnadigung der Verurteilten eingesetzt, jedoch ohne jeden Erfolg.

Die Weltöffentlichkeit hat auf diese Schandtat mit Bestürzung und Empörung reagiert. Britische Zeitungen sprachen von Barbarei und nannten El-Bakr den «verwerflichsten arabischen Führer», der nur «seinen eigenen schurkischen Rekord noch überboten» habe. Man wird sich dabei in Erinnerung rufen müssen, daß die irakischen Führer ihre Brutalität schon wiederholt bewiesen haben. Sowohl 1958 wie 1963 ist es in Bagdad mörderisch zugegangen: König Feisal und sein Ministerpräsident Nuri-es-Said sind erschossen worden, und der Kopf des ermordeten Diktators Kasseem wurde sogar im Fernsehen vorgeführt. El-Bakr, der letzten Sommer durch einen Militärputsch (auf landesübliche Weise) an die Macht gekommen war, hat sich seither nur mit nackter Gewalt behaupten können. Terrorkommandos haben damals die der Opposition gegen das Regime Verdächtigten zu Hunderten im Morgengrauen, ohne Gerichtsverfahren, «liquidiert», und der jetzige Versuch, den angesehenen früheren Regierungschef Dr. Bazzaz mit den «zionistischen Verrätern» in Beziehung zu setzen, zeigt, daß El-Bakr und seinen Komplizen jedes Mittel recht ist, die Gegner unschädlich zu machen. Die aus innerer Schwäche resultierende Radikalität soll zudem in außenpolitische Stärke umgemünzt werden. In Bagdad wird daher jeder Gedanke an eine Verhandlungslösung im Nahostkonflikt abgelehnt. Schon der gegen die frühere Regierung erhobene Vorwurf, sie habe sich nicht genügend am Kriege gegen Israel beteiligt, hatte nichts Gutes erwarten lassen.

Als die Pariser Zeitung «Le Monde» vor einigen Wochen erste Meldungen über «Spionageprozesse» gegen Juden im Irak veröffentlichte, spielte Iraks Geschäftsträger in Paris den Beleidigten und protestierte gegen diese «vom Zionismus geleitete tendenziöse Kampagne». Die Zeitung reagierte darauf prompt mit dem Hinweis auf ein irakisches Sondergesetz vom 3. März 1968, demzufolge alle Juden im Irak ihrer Liegenschaften beraubt worden sind. Die einst blühende jüdische Kolonie im Irak zählt heute noch ungefähr 2500 Mitglieder, die kein Gewerbe mehr ausüben dürfen und weitgehend auf Almosen angewiesen sind. In Aegypten leben noch zirka 1300 Juden. Laut Römer Zeitung «La Voce Repubblicana» befinden sich 240 von ihnen, alles Familienväter, seit dem Sechstagekrieg im Gefängnis. In Syrien sollen sich noch etwa 5000 Juden aufhalten; sie wurden größtenteils in Ghettos interniert. In Aleppo und Kamischli haben sich alle jüdischen Einwohner dreimal täglich bei der Polizei zu melden...

Amgehis dieser erbärmungswürdigen Paria-Stellung der Juden im Irak, die ihnen jeden Geschäftsverkehr verunmöglicht (Hitler hat in Bagdad gelehrige Schüler gefunden!), und die sie von der Umwelt total abschneidet, wirkt die Behauptung geradezu grotesk, sie hätten Spionageaufträge ausgeführt. Sie wären dazu niemals in der Lage gewesen.

Die israelische Zeitschrift «Hapoeel Hazair» hat die Blutjustiz in Bagdad als «Hexenjagd» bezeichnet und daran erinnert, daß Juden im zaristischen Rußland als kommunistische Revolutionäre und daß Juden unter dem Sowjetregime als Konterrevolutionäre gehandelt worden sind (wobei erst noch beizufügen wäre, daß die Bolschewiki zur Revolutionszeit, gleich wie diesmal die Iraker, das Volk dazu aufriefen, dem Hinrichtungsmassaker persönlich beizuwohnen). Der Slansky-Prozeß in Prag von knapp zwei Jahrzehnten, in dessen Gefolge ein Großteil der jüdischen Mitglieder der tschechoslowakischen Elite umgebracht wurde, gehört ebenfalls in diese Kategorie von Judenverfolgungen, die von Diktatoren stets mit Vorliebe als Mittel dazu benützt wurden, sich an der Macht zu halten.

Zwei Tatsachen sind es, die unter den heutigen Verhältnissen besonders schockierend wirken:

Die erste besteht darin, daß man sich heute mit besonderer Bitterkeit an die wiederholten Appelle Israels an die Uno erinnert. Untersuchungen über die Lebensverhältnisse der Juden in arabischen Ländern durchzuführen. U Thant ist darauf nie eingegangen; umgekehrt erklärte er sich jedoch ohne Zögern bereit, eine Mission nach Israel zu schicken, um die Lage der Araber in den von den Israelis besetzten Territorien zu studieren.

Das hat erneut die soeben in Kairo durchgeführte arabische «Solidaritätskonferenz» gezeigt, die von den Palästinensern klar dominiert, um nicht zu sagen terrorisiert wurde. Und das gleiche demonstriert die überragende Stellung, die der palästinensische Guerillacheef Yasir Arafat (mit Decknamen Abu Amar) heute in Jordanien einnimmt. Als Führer der «El-Fatah» residiert er in Amman, wo sein Hauptquartier beinahe die Rolle einer Nebenregierung spielt. Mit der Macht dieser Extremisten haben heute alle arabischen Regierungen und sogar die Russen zu rechnen.

Irak kündigt weitere Verurteilungen an

Ernüchterung über Stillhaltegeigen der arabischen Presse - Versuch zur Rechtfertigung der Hinrichtungen und neue Angriffe gegen Israel

Bagdad, 31. Jan. ag. (AFP) Irak gab in einer Erklärung von Radio Bagdad der Entrüstung über das Stillschweigen in «allen Pressorganen und Informationsdiensten der arabischen Welt» nach den Hinrichtungen in Bagdad Ausdruck. «Die fortschrittlichen arabischen Kräfte hätten Irak rasch zu Hilfe kommen sollen, um gegen die Kampagne zu kämpfen, welche infolge der Hinrichtungen von Spionen zugunsten Israels ausgelöst wurde». Radio Bagdad flügte hinzu:

«Die arabischen Pressedienste müssen erwachen. Wir müssen sie alarmieren, bereit zu sein, weil weitere Spione bald dem Schicksal jener folgen werden, die am 27. Januar hingerichtet wurden.»

Genf, 30. Jan. ag. Die ständige Mission der irakischen Republik bei der Uno in Genf hat zu den Reaktionen Stellung genommen, die durch die Hinrichtungen in Bagdad ausgelöst worden waren. In der Erklärung dieser Mission

Die zweite, ebenfalls sehr bedauerliche Feststellung betrifft wieder einmal die Gaulle, der noch vor sechs Jahren Israel «notre ami et allié» (unseren Freund und Verbündeten) genannt hat und der 1967 ins arabische Lager hinübergewechselt hat. Seit dem Sechstagekrieg hat er schon wiederholt seine einseitige Parteinahme gegen Israel manifestiert, vor wenigen Wochen besonders deutlich aus Anlaß der Vergeltungsaktion gegen den Flughafen Beirut. Während die französische Öffentlichkeit die Hinrichtungen im Irak einhellig aufs schärfste verurteilte, schwieg sich der General im Ministerrat in geradezu peinlicher Weise darüber aus. Er war es ja auch, der vor einem Jahr den damaligen irakischen Präsidenten Aref in Paris mit größtem Pomp empfing und der sich bereit erklärte, «Mirages» im Wert von 700 Millionen Francs sowie Panzer und panzerbrechende Waffen an Irak zu liefern. Und dies, nachdem er die «Mirage»-Lieferungen nach Israel untersagt hatte.

Heute trägt sich der gleiche de Gaulle mit der Absicht, ein Viermächtediktat über den Nahen Osten zustandezubringen. Man kann sich ohne Schwierigkeiten ausmalen, für wen er dabei Partei ergreifen will, und es ist daher nur zu gut verständlich, daß man in Israel von derartigen Vereinbarungen der vier Mächte nichts wissen will.

Ganz abgesehen davon, daß eine solche «von oben» befohlene und von der Achse Moskau-Paris gewünschte Nahost-Friedenskonferenz in erster Linie den Interessen der beteiligten Großmächte zu entsprechen hätte, bleibt die Frage offen, ob die Palästinenser sich an irgendwelche Abmachungen halten würden, die etwas anderes als die totale Beseitigung des Staates Israel und die Schaffung eines rein arabischen Palästina-Staates bringen würde. Sie fordern die Durchsetzung ihrer Maximalforderungen und lehnen jede anderweitige politische Lösung ab.

Das hat erneut die soeben in Kairo durchgeführte arabische «Solidaritätskonferenz» gezeigt, die von den Palästinensern klar dominiert, um nicht zu sagen terrorisiert wurde. Und das gleiche demonstriert die überragende Stellung, die der palästinensische Guerillacheef Yasir Arafat (mit Decknamen Abu Amar) heute in Jordanien einnimmt. Als Führer der «El-Fatah» residiert er in Amman, wo sein Hauptquartier beinahe die Rolle einer Nebenregierung spielt. Mit der Macht dieser Extremisten haben heute alle arabischen Regierungen und sogar die Russen zu rechnen.

Erwin Haefell

Die Russen befehlen in Prag

«Säuberung» der tschechoslowakischen Massenmedien und Ausweisung westlicher Presseleute

Prag, 30. Jan. ag. (DPA) Ueber 60 prominente Journalisten und Kommentatoren sowie die beliebteste Prager Fernseh-Ansagerin Mouchkova sollen einer großen Säuberung der tschechoslowakischen Massenmedien zum Opfer gefallen sein. Unter ihnen befinden sich allein 40 Reporter und Kommentatoren des Fernsehens, 16 vom Radio und einige führende Zeitungsredaktoren. Die Säuberung geht nach diesen Informationen auf eine Forderung der Sowjets zurück.

Der Fernseh-Ansagerin Mouchkova soll «ostentatives Auftreten» gegenüber den Russen vorgeworfen worden sein. Sie habe in den ersten Tagen nach der Besetzung des Landes und am Begrüßungstag Jan Palachs ein schwarzes Kleid getragen. Ihre Miene und ihre Gesten seien «die reine Provokation» gewesen. Die Fernseh-Ansagerin und prominente Journalisten wie der Kommentator Toninger erscheinen seit Tagen nicht mehr auf dem Bildschirm. Vier westliche Fernsehreporter sind

aus der CSSR ausgewiesen worden: Die Namen der Reporter wurden mit Sam Zelman (USA), Hartmut Kunz (Bundesrepublik Deutschland), Alain Débos (Frankreich) und L. B. Appleton (Großbritannien) angegeben. Sie wollten für eine westeuropäische Fernsehgesellschaft einen Dokumentarfilm über die jüngsten Ereignisse in Prag drehen. Erst am vergangenen Wochenende waren zwölf westliche Journalisten, die über die Beisetzungsfeier für den Studenten Jan Palach berichten wollten, zum Verlassen der Tschechoslowakei aufgefordert worden.

Neuer Radiogeneraldirektor

Die Bundesregierung hat Odon Zavodsky zum amtierenden Generaldirektor des Radios ernannt, der bisher Regierungsbefehlsträger beim Radio war. Der Reformpolitiker Zdenek Hejzlar war vor einigen Monaten als Generaldirektor abberufen worden. Hejzlar ist jetzt Kulturattaché an der Botschaft in Wien.

«Pueblo»-Affäre, Raketen und Vietnam

Pressekonferenz des neuen US-Verteidigungsministers

Washington, 31. Jan. ag. (R) Der amerikanische Verteidigungsminister Melvin Laird kündigte an einer Pressekonferenz an, daß in Zukunft Erkundungsschiffe wie die «Pueblo» angemessenen Schutz erhalten würden, wenn sie auf hoher See Geheimmissionen auszuführen hätten. Sein Stellvertreter, David Packard, habe den Auftrag erhalten, die «Pueblo»-Affäre zu prüfen. Laird verteidigte das Verhör der «Pueblo»-Besatzung, das er als notwendig und fair bezeichnete. Im Kongreß waren Stimmen laut geworden, daß «Pueblo»-Kapitän Bucher durch diese Verhöre eine «unnötige Strafe» zu erleiden habe. Laird sprach sich für eine Weiterentwicklung des amerikanischen Raketenabwehrsystems aus und unterstützte die Erklärung Präsident Nixons, daß die USA ein hinreichendes Atomwaffenpotential haben müßten.

In einer Stellungnahme zum Vietnamkonflikt stellte Laird fest, daß die kommunistischen Streitkräfte durch die ständigen Infiltrationen der letzten sechs bis acht Wochen, die von der entmilitarisierten Zone und Laos aus erfolgt seien, verstärkt worden seien. Die amerikanischen Truppen seien jedoch auf jede Eventualität gefaßt. Zur Frage der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über eine Beschränkung der offensiven und defensiven Raketen-systeme erklärte Laird, er glaube, daß

solche Gespräche «in nicht allzu ferner Zukunft» beginnen könnten.

Aussprache nach der Pariser Vietnam-Sitzung

Paris, 30. Jan. ag. (AFP) Eine unvorhergesehene Diskussion schloß sich am Donnerstag der zweiten Plenarsitzung der Vietnam-Konferenz in Paris an. Ein Mitglied der nordvietnamesischen Delegation teilte mit, daß die Verhandlungsteilnehmer nach Schluß der Sitzung noch während 55 Minuten miteinander gesprochen hätten. Ueber den Inhalt dieser Diskussion wurde nichts bekanntgegeben.

US-Truppen zerstörten unterirdisches Lazarett

Saigon, 31. Jan. (UPI) Amerikanische Truppen sind bei einer Suchaktion in Südvietsnam auf ein großes unterirdisch angelegtes Lazarett des Vietkongs gestoßen. Wie das US-Oberkommando bekanntgab, wurden die Anlagen gesprengt. Das Lazarett sei zur Versorgung eines Regiments ausreichend gewesen und habe Platz für 100 Verletzte geboten. Der Komplex wurde etwa 96 Kilometer nordwestlich von Saigon, in der Nähe der Grenze zu Kambodscha, entdeckt. Nach US-Angaben befanden sich in der Umgebung des Lazaretts Luftabwehrstellungen sowie rund 150 kleinere Wohnbunker.